

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

№ 135.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. u. monatlich 75 Pf.

32. Jahrgang.

Sonntag, den 13. Juni.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gesaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1880.

Die Woche.

Nun ist die schöne Zeit wiedergekommen, da die Zeitungen in der Aufmerksamkeit des lieben Publikums etwas zurücktreten und wo man sich um die Lösung der orientalischen Frage weit weniger kümmert, als um die empfehlenswertheften Rundreise-Billets. In den Bädern ruht die Menschheit aus von den Strapazen des Winters. Sie hat es auch wirklich nötig! Wenn man die Anpreisungen von Badeorten gegen allerhand Leiden und Gebrechen liest, so gestehen wir, keinen einzigen in dieser langen Reihe vermissen zu können. Ruhe verheißt uns der eine Ort, und in der That, Ruhe, viel Ruhe bedarf der Mensch in den heutigen Zeitläufen, besonders wenn ihm die alljährlich anwachsenden Steuerzettel präsentirt werden. Hebung aller Magenleiden verspricht der andere Ort, und freilich, in einer Zeit, in welcher man so Vieles im Magen hat, sind solche Bäder entschieden von Nutzen. Stärkung der Nerven wird uns im dritten Ort in Aussicht gestellt — wie viel ist unseren Nerven nicht seit dem letzten Sommer zugemuthet worden! Wer zählt all' die anderen Leiden auf, an denen die Menschheit krankt! Wohl Manchem wäre zu wünschen, daß er wieder auf die Beine käme, frei atme, vom Schwindel befreit werde, klar sehen lerne, die Galle ihm nie überlaufe und kein Druck auf's Gehirn seine Handlungsweise beeinflusse. Und wo alle diese Gebrechen fehlen, dann wäre wenigstens Vielen zu gönnen, sich einmal — von dem und jenem reinzuwaschen.

Die Welt will in die Bäder; sie ist der Politik müde; aber Frau Klio macht noch keine Miene, den Griffel aus der Hand zu legen. In Berlin ist der preussische Landtag noch beisammen, die Kirchenvorlage läßt die Gemüther nicht zur Ruhe kommen und schafft eine nichts weniger als angenehme Temperatur. Fürst Bismarck hat den Nationalliberalen wieder einmal den Text lesen lassen und dabei die Absicht ausgedrückt, allem Verdruss und allen Niederlagen aus dem Wege gehen und sich auf die auswärtigen Angelegenheiten beschränken zu wollen. Eine Aenderung in der Stellung der Parteien hat diese Eröffnung nicht zu Stande gebracht; im Gegentheil würde ein recht wesentlicher Theil der Liberalen in der Selbstbeschränkung des Reichskanzlers auf die auswärtigen Angelegenheiten sogar einen Gewinn erblicken. Die Kirchenkommission lehrte sich nicht an die Drohung des Reichskanzlers, denn sie lehnte am Donnerstage mit 13 gegen 8 Stimmen das ganze Gesetz ab.

Die Stadt Magdeburg feierte die 200jährige Wiederkehr des Tages ihrer Vereinigung mit der preussischen Monarchie durch ein schönes und gelungenes Fest, an welchem der Kaiser und der deutsche Kronprinz theilnahmen. Eintigermaßen beeinträchtigt wurde die Festfeier allerdings durch die Nachricht von dem Tode der Kaiserin von Rußland, welche die frühere Abreise des Kaisers von Magdeburg zur Folge hatte. Den Trauerfeierlichkeiten in Petersburg wohnte der deutsche Kronprinz bei, der bei dieser Gelegenheit auch wohl politische Angelegenheiten erledigt hat. Darauf deutet wenigstens der Umstand, daß der Kronprinz vor seiner Abreise noch eine lange Konferenz mit dem Fürsten Bismarck hatte. Es wäre ja recht wünschenswerth, wenn mit der Kaiserin von Rußland auch der Haß gegen Deutschland begraben worden wäre. Auf der Nachkonferenz in Berlin, zu welcher jetzt die Einladungen erlassen worden sind, wird sich ja wohl schon zeigen, wie Rußland sich jetzt zu Deutschland und Oesterreich stellt. Den englischen Lockungen scheint man in Petersburg bisher kein aufmerksames Gehör geschenkt zu haben, wenigstens wollen Viele den glänzenden „Abfall“, welchen der englische Bot-

schafter Göttsch in Konstantinopel erlebte, dem Einflusse des russischen Botschafters zuschreiben. Ohne solchen Einfluß, meint man, würde der Sultan nicht gewagt haben, den Engländer so ablaufen zu lassen. — In kurzer Zeit sind drei bedeutende Eisenbahnunglücke in Deutschland einander gefolgt — Halle, Blumenberg, Ludwigshafen. Bis her galten die deutschen Bahnen als die sichersten, und die Statistik gab in Bezug auf die geringe Zahl der Tödtungen vor allen fremden Ländern Deutschland, und in ihm Sachsen, Baiern und Preußen die Palme für sichere Betriebsführung. Es ist zu hoffen, daß man in eingehender Weise den Ursachen der Unfälle näher tritt und sich bemüht, dem deutschen Reiche seinen schönen und humanen Ruf zu erhalten.

In Oesterreich suchen jetzt die föderalistischen Heerhaufen, unterstützt vom Kabinet Taaffe, sich der festen Punkte zu bemächtigen, welche noch im Besitze der Verfassungspartei sind. Diesem Zwecke dient auch die sogenannte Wahlreform-Vorlage, welche im böhmischen Landtage eingebracht worden ist. Würde dieser Entwurf Gesetz, so wäre den Czechen, wie auf den ersten Blick klar ist, für alle Zeiten die Majorität im Großgrundbesitze und damit im böhmischen Landtage gesichert. Dies ist auch der unterkennbare Zweck der Vorlage; denn von allen 70 Mandaten will dieselbe den Deutschliberalen nur 17, höchstens 26 lassen, den Czechen dagegen 44 sichern, die sich bis auf 53 vermehren können. Damit wären die Czechen einer unerschütterlichen Zweidrittel-Majorität nahe gerückt. Von einer Annahme dieser Wahlreform kann wohl selbstverständlich keine Rede sein, da bis jetzt die Verfassungspartei eine starke Zweidrittelmehrheit in Händen hat. Warum brachte also die Regierung dieses Gesetz überhaupt ein? Entweder um ihr verpöndetes Wort einzulösen, die Czechen mit einem Köder, den sie ihnen hintersieht, zu amüsiren und dann ihre Hände in Unschuld zu waschen? Kaum! Oder um einen plausiblen Vorwand für die Landtagsauflösung zu finden, nachdem sie die Verfassungspartei, die „auch nicht das geringste Opfer bringen will“, scheinbar ins Unrecht gesetzt? Das schon viel eher!

Die italienische Deputirtenkammer hat die Kommission für die Wahlreform-Vorlage der Regierung gewährt. Dieselbe ist auf 19 Artikel zurückgeführt, enthält im Uebrigen die wesentlichen Bestimmungen des alten Depretis'schen Entwurfs. Der Genuss von 40 Lire Steuer wird beibehalten, ebenso die Listenabstimmung. Der Bildungszensus ist etwas ermäßigt. Vom fünften Jahre der Geltung des Gesetzes ab soll allerdings von jedem Wähler verlangt werden, daß er diejenigen Elementarkenntnisse besitze, welche die Prüfung der „vierten Klasse“ voraussetzt; innerhalb der ersten fünf Jahre nach der Verkündung des Gesetzes aber sollen auch diejenigen zugelassen werden, die ein geringeres, im Unterrichts-gesetz von 1877 vorgeschriebenes Maß von Wissen und Fertigkeit haben. Ein Artikel des Gesetzes ermächtigt die Regierung, mit Inzuehung einer Kommission von drei Senatoren, drei Abgeordneten und drei Staatsrathen die Uebersetzungsbestimmungen zu treffen.

In Frankreich erregte neben der Duellmanie die Angelegenheit des Herzogs von Padua viel Interesse, den man am liebsten als Wahlfälcher eheios machen möchte. Die Deputirtenkammer ermächtigte bereits mit großer Majorität die Regierung zur gerichtlichen Verfolgung dieses Mannes. Da der Herzog keineswegs zur selben Zeit, sondern mehr als ein Jahr darauf in einem Bezirke, wo er auch begütert ist, noch einmal gewählt hat, so ist die doppelte Wahlausübung nur ein verzeihlicher Irrthum, aber die Republikaner suchen krankhaft alle Hebel in Bewegung zu setzen, um ihre Gegner zu diskreditiren.

In Rußland drängten die Trauerfeierlichkeiten für die verstorbene Kaiserin alles politische Interesse in den Hintergrund. — König Georg von Griechenland befindet sich augenblicklich in London, um auch das englische Kabinet für eine Erweiterung der griechischen Grenzen zu gewinnen, nachdem ihm dies in Paris gelungen sein soll. — In Nordamerika ist General Grant mit seiner Präsidentschafts-Kandidatur durchgefallen und Senator A. Garfield aus Ohio als solcher aufgestellt worden.

Tageschau.

Freiberg, 12. Juni.

Zwei gute Diplomaten einigen sich schwer, aber wenn sie ein Uebereinkommen erzielen, so ist das Geschaffene besser als ein Werk der Stämper. Das diplomatische Genie des Papstes Leo scheidet ihn scharf von seinem unverdächtigen Vorgänger Pius und über die diplomatische Befähigung des Fürsten Bismarck Worte zu verlieren, hieße Wasser in's Meer tragen. So gewinnt denn die überraschende Nachricht, daß der zeriffene Faden zwischen Rom und Berlin wieder angeknüpft werden soll, eine hohe politische Bedeutung. Es wäre kleinlich, wollte man das neue Uebereinkommen des Vatikans nicht freudig begrüßen, denn es ist nicht nur damit bei der römischen Kurie der gesunde Gedanke zum Durchbruch gekommen, daß es nicht gut ist, den Bogen zu straff zu spannen, sondern auch dem wahren und tiefen Friedensbedürfniß Ausdruck gegeben. In einer Uebersetzung sind Fürst Bismarck und Papst Leo, die deutsche Nation und die katholische Kirche, die Freisinnigen und Ultramontanen einig, nämlich darin, daß sich der Kulturkampf überlebt hat. Ist das aber der Fall, so muß auch der Geist, der lebendig macht, den Buchstaben, der tödtet, überwinden, so muß auch die richtige Form für den Kulturfrieden zu finden sein. Wohl uns, daß die Kirche nicht abermals ihr mittelalterliches Rüstzeug in einen neuen Kampf zu führen gedenkt, wohl den Katholiken, daß der Staat nicht zu neuen und härteren Maßregeln der Abwehr, wie man sie bereits in Aussicht stellte, getrieben wird!

In der am 10. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths gelangte der im Reichseisenbahnamte ausgearbeitete Entwurf einer Aenderung und Ergänzung der auf die Bahnhof-Abfluß-Signale bezüglichen Bestimmungen im Abschnitt II. b. der Signal-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands vom 4. Januar 1875 zur Berathung. Von der königlich sächsischen Regierung war ein von dem Entwurf abweichendes System in Vorschlag gebracht. Den Bericht erstattete der hanseatische Ministerresident, Dr. Krüger, Namens der Ausschüsse für Landheer und Festungen, für das Seewesen und für Handel und Verkehr. Auf den Antrag des stellvertretenden Vorsitzenden des Reichs-Eisenbahn-Amtes, Geheimen Ober-Regierungs-Rath Rörre, wurde der Entwurf mit einer dem sächsischen Vorschlag sich nähernden Modifikation festgesetzt. Die neuen Bestimmungen sollen am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Sodann genehmigte die Versammlung auf den Vortrag des großherzoglich hessischen Bevollmächtigten, Staatsraths Dr. Reibhardt, dem Antrage der zuständigen Ausschüsse entsprechend, den Entwurf einer Verordnung betreffend die anderweite Klasseneinteilung der Militärbeamten des Reichsheeres und der Marine.

In Betreff der Ablehnung der kirchenpolitischen Vorlage in der Kommission äußert die Tribüne: „Die Entscheidung in der Kommission hat das Centrum gegeben; ob es diese Entscheidung im Plenum wiederholt, dafür wird in letzter Linie wohl das Verhalten der Regierung maßgebend sein. Was die Haltung der nationalliberalen Mitglieder den ansitzigsten Stellen des Entwurfs, namentlich dem „Bischofsparagraphe“ gegenüber belangt, so dürfen wir erwarten, daß dieselbe eine feste, unverrückbare ist.“ — Bei der gestrigen Erziehung im 5. Berliner Reichstagswahlkreise wurde Rechtsanwalt Träger (Fortschritt) mit 4268 von 4571 abgegebenen Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt. — Als Sekretär der Berliner Konferenz wird Geheimrath Busch fungiren. — Das preussische Herrenhaus erlebte die Berathung des Verwaltungsorganisationsgesetzes bis § 40 nach den Kommissionsan-